



# HESSISCHER LANDTAG

24. 10. 2011

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Dr. Müller (Gelnhausen), Klein (Freigericht), Ravensburg  
und Reif (CDU) vom 06.09.2011**

**betreffend Wiedereinführung früherer Kfz-Kennzeichen**

**und**

**Antwort**

**des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Zu welchem Ergebnis ist eine Studie der Hochschule Heilbronn zur Akzeptanz früherer Kfz-Kennzeichen (z.B. "GN" für Gelnhausen, "SLÜ" für Schlüchtern, "WZ" für Wetzlar, "DIL" für Dillenburg sowie "FKB" für Frankenberg) gekommen?

Herr Prof. Dr. Ralf Bochert von der Hochschule Heilbronn hat bisher in 144 Städten im Bundesgebiet eine Befragung zum Thema "Kennzeichenliberalisierung" durchgeführt. Hierzu soll zum Ende des Jahres 2011 eine Gesamtstudie vorgelegt werden. Als Zwischenfazit kann heute schon festgehalten werden, dass es eine eindeutige Zustimmung (etwa 73 v.H.) der befragten Menschen zur Wiedereinführung auslaufender bzw. ausgelaufener Kennzeichen in denjenigen Städten gibt, die früher durch ein solches repräsentiert wurden.

In Hessen sind bisher in den Städten Alsfeld, Hofgeismar, Wetzlar, Frankenberg/Eder, Rotenburg an der Fulda, Dillenburg, Usingen, Dieburg und Gelnhausen Befragungen durchgeführt worden. Geplant sind noch Befragungen in den Städten Büdingen, Hünfeld und Schlüchtern.

In Gelnhausen wurden 196 Personen befragt, davon haben sich 61,6 v.H. für die Wiedereinführung des Kennzeichen GN ausgesprochen.

In Wetzlar wurden 204 Personen befragt, davon haben sich 79 v.H. für die Wiedereinführung des Kennzeichens WZ ausgesprochen.

In Dillenburg wurden 199 Personen befragt, davon haben sich 65 v.H. für die Wiedereinführung des Kennzeichen DIL ausgesprochen.

In Frankenberg wurden 205 Personen befragt, davon haben sich 80,7 v.H. für die Wiedereinführung des Kennzeichen FKB ausgesprochen.

Frage 2. Wie bewertet die Landesregierung dieses Ergebnis?

Die Ergebnisse zeigen, dass es in der Bevölkerung einen Trend zum Wiedererkennen der nächsten Umgebung gibt, die Menschen möchten sich wieder mehr mit ihrer Stadt, ihrer Heimat identifizieren.

Die Landesregierung unterstützt den Wunsch der Bevölkerung. Wichtig ist aber, dass dadurch keine zusätzlichen Kosten und nicht mehr Bürokratie verursacht werden.

Frage 3. Wie würde sich ein Verfahren gestalten, das es Städten und Gemeinden ermöglicht, zu ihrem früheren Kfz-Kennzeichen zurück zu kehren?

Um auslaufende bzw. bereits ausgelaufene Kennzeichen wieder einführen zu können, bedarf es der Änderung von einzelnen Vorschriften der Fahrzeug-

Zulassungsverordnung. Die Verkehrsministerkonferenz hat im April 2011 das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgefordert, einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag zur Anpassung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung vorzulegen. Bisher liegt ein solcher Vorschlag noch nicht vor.

Wiesbaden, 29. September 2011

**Dieter Posch**